

Prüfprotokoll und Beihilfevermerk

zur Sicherstellung der Einhaltung der einschlägigen beihilferechtlichen Bestimmungen
i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV
i.V.m. den De-minimis-Regeln –
Verordnungen (EU) Nr. 1407/2013 und Nr. 360/2012
sowie der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung –
Verordnung (EU) Nr. 651/2014

im Projekt

ABH027

Arbeitsunterstützung in der Dokumentation
von Pflegeinterventionen

Die Beihilfeprüfung für das oben genannte Vorhaben erfolgt nur bei den EU-Projektpartnern, denen eine Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Aussicht gestellt wird. Grundsätzlich nicht geprüft werden an dem Vorhaben beteiligte assoziierte Projektpartner sowie potentielle Projektpartner aus der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, da diese keine finanzielle Förderung aus dem EFRE erhalten. Für die Angabe der am Vorhaben beteiligten Partner ist der Projektantrag (im Jems) maßgeblich.

I. Basisdaten	
Projektnummer	ABH027
Projekttitle	ADOPI
EU-Projektpartner	
Projektpartner 1	Fachhochschule Vorarlberg GmbH
Projektpartner 2	Hochschule für angewandte Wissenschaften Kempten
Projektpartner 3	Sozialzentrum Rankweil GmbH
Projektpartner 4	Caritas-Altenhilfe für die Region Konstanz gGmbH
Projektpartner 5	motile users software GmbH
Projektpartner 6	Liebenau Teilhabe gGmbH

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?		
1. Prüfung des Geltungsbereichs	Ja	Nein
Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner liegen im geografischen Geltungsbereich des Art. 107 AEUV (die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein sind außerhalb dieses Bereiches und unterliegen keiner Beihilfenprüfung).	X	
Zwischenergebnis (eine zu prüfende Beihilferelevanz läge nur bei den EU-Projektpartnern vor, die im Geltungsbereich des Art. 107 AEUV liegen)		
Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner liegen im (1.) Geltungsbereich des Art. 107 AEUV und werden somit im folgenden Schritt einer (2.) Prüfung der Tatbestandmerkmale unterzogen.		

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?		
2. Prüfung der Tatbestandsmerkmale	Ja	Nein
(a) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner bieten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten Güter oder Dienstleistungen auf einen bestimmten Markt an und sind somit wirtschaftlich tätig .	X	
(b) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner erhielten durch die Begünstigung einen wirtschaftlichen Vorteil dem keine angemessene marktge-rechte Gegenleistung gegenübersteht und die sie unter normalen Marktbedingungen nicht bekämen.		X
(c) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner bieten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine allgemeinen Maßnahmen an, sondern begünstigen selektiv nur bestimmte Unternehmen oder Wirtschaftszweige.	X	
(d) Die am Vorhaben beteiligten Projektpartner erhielten durch die Begünstigung einen finanziellen Vorteil, der potentiell zu einer Verfälschung des Wettbewerbs führt.		X
(e) Durch die Begünstigung der am Vorhaben beteiligten Projektpartner droht eine Beeinträchtigung im zwischenstaatlichen Handel .		X
Zwischenergebnis (eine Beihilferelevanz läge nur bei den Projektpartnern vor, bei denen alle Tatbestandsmerkmale – (a) bis (e) – kumulativ erfüllt sind)		
Nach Prüfung der (2.) Tatbestandsmerkmale ist bei dem folgendem EU-Projektpartner (PP) eine Beihilferelevanz nicht gänzlich auszuschließen: PP5. Dieser wird somit im nächsten Schritt einer (3.) Prüfung des Eingreifens von Ausnahmetatbeständen unterzogen.		

II. Tatbestandsebene: liegt eine Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV vor?		
3. Prüfung des Eingreifens von Ausnahmetatbeständen (De-minimis)	Ja	Nein
(a) Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner sind gegebenenfalls in ihrer individuellen Verfasstheit jeweils als ein einziges Unternehmen im Sinne der anzuwendenden De-minimis-Verordnungen zu betrachten. <i>(zu prüfen und förmlich zu dokumentieren sind hier insbesondere der Geltungsbereich/Ausnahmen nach Art. 1 VO (EU) 1407/2013 und gegebenenfalls Beihilfekombinationen im gleichen Projekt)</i>	X	

(b) Die im Rahmen des Vorhabens individuell beantragten Zuwendungen für ein einziges Unternehmen liegen im laufenden sowie in den beiden vorangegangenen Jahren unterhalb der zulässigen Schwellenwerte (Gewerbliche De-minimis VO Nr. 1407/2013 bzw. DAWI-De-minimis VO Nr. 360/2012).	X	
(c) Die am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner haben gegebenenfalls eine Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer De-minimis Beihilfe gestellt, diese sachdienlich ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben.	X	
Endergebnis (eine tatbestandliche Beihilfe und somit gerechtfertigte, liegt bei den Projektpartnern vor, bei denen die Ausnahmetatbestände der De-minimis Verordnungen zum Greifen kommen)		
Bei dem folgendem am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner (PP) kommen die Ausnahmetatbestände im Rahmen der De-minimis-Verordnung zum Greifen: PP5. Folglich liegt nach Prüfung des (3.) Eingreifens von Ausnahmetatbeständen eine tatbestandliche und gleichfalls auch gerechtfertigte Beihilfe vor. Auf die Folgeprüfungen der (III.) Rechtfertigungs- und (IV.) Genehmigungsebene wird somit verzichtet. Die Beihilfeprüfung endet an diesem Punkt. Die erforderlichen Erklärungen zum Antrag wurden geprüft und dokumentiert.		

Vermerk zur beihilferechtlichen Prüfung

Datum: 22.09.2023
Az.: RPTSGZ-4305-138
Bearbeiter/in: Tetzl

ABH027 – ADOPI

Ziel dieses Projekts ist, mit Hilfe von technischen Automatisierungslösungen den Zeitaufwand des Pflegepersonals für die manuelle Dokumentation von Pflegemaßnahmen zu verringern, so dass sich das Personal mehr der Pflege am Menschen widmen kann. Weiteres gilt es die Qualitätssicherung mittels Verwendung einer standardisierten Pflegesprache abzustimmen, um einen grenzübergreifenden Vergleich der dokumentierten Gesundheitsleistungen zu ermöglichen.

Im räumlichen Geltungsbereich des Artikels 107 AUEV haben die folgenden am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner ihren Sitz: Fachhochschule Vorarlberg GmbH (PP1), Hochschule für angewandte Wissenschaften Kempten (PP2), Sozialzentrum Rankweil GmbH (PP3), Caritas-Altenhilfe für die Region Konstanz gGmbH (PP4), motile users software GmbH (PP5) und Liebenau Teilhabe gGmbH (PP6).

Das **Sozialzentrum Rankweil GmbH (PP3)**, die **Caritas-Altenhilfe für die Region Konstanz gGmbH (PP4)** und die **Liebenau Teilhabe gGmbH (PP6)** entfalteten als partizipierende Praxispartner im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine wirtschaftliche Tätigkeit, noch bieten sie Waren und/oder Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Projekt an. Aufgrund der inhaltlichen Zielrichtung und länderübergreifenden Dimensionierung wirkt das agieren der betroffenen Projektpartner zudem weder wettbewerbsverzerrend noch führt es zu einer Beeinträchtigung im zwischenstaatlichen Handel. Ebenso wenig ist eine selektive Begünstigung im Rahmen einer Förderung anzunehmen. Eine Beihilfenrelevanz i.S.d. Art. 107 AEUV wird aus den vorgenannten Gründen bei den beteiligten EU-Projektpartner PP3, PP4 und PP6 nicht gesehen.

Die **Fachhochschule Vorarlberg GmbH (PP1)** und die **Hochschule für angewandte Wissenschaften Kempten (PP2)** entfalten im Rahmen ihrer Projektaktivitäten keine wirtschaftliche Tätigkeit bzw. werden/wird im Zusammenhang mit dem Projekt nicht unternehmerisch tätig. In Einklang mit Artikel 107 AEUV Ziffer 17-20 haben die zwei oben genannten, am Vorhaben beteiligten EU-Forschungseinrichtungen bereits eine unterzeichnete Erklärung zur wirtschaftlichen Tätigkeit und Trennungsrechnung dem Gemeinsamen Sekretariat übermittelt, welche durch dieses geprüft und dokumentiert wurde. Eine Beihilfenrelevanz i.S.d. Art. 107 AEUV wird bei den beteiligten EU-Projektpartner PP1 und PP2 nicht gesehen.

Eine Beihilfenrelevanz ist bei dem folgendem am Vorhaben beteiligten EU-Projektpartner nicht gänzlich auszuschließen: **motile users software GmbH (PP5)**; da diese im Rahmen ihrer Aktivitäten im Projekt gegebenenfalls wirtschaftlich tätig sein wird. Unter Wahrung des EU-Beihilfenrechts, können die EFRE-Fördermittel für diesen EU-Projektpartner jedenfalls als De-minimis-Beihilfe im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bewilligt werden. Die hierfür notwendigen Unterlagen/Nachweise (De-minimis-Erklärung) wurden dem Gemeinsamen Sekretariat bereits übermittelt und durch dieses geprüft und dokumentiert.

gez. Tetzl

SGZ-1 m.d.B.u.K. und Zustimmung